

## **Anke Geißler-Grünberg: Jüdisches Leben im Oderland – Friedhöfe als Kulturerbe**

Im Mittelalter war es Christen nach kanonischem Recht verboten, Zinsen zu erheben, also mit Geld zu handeln. Der Akt an sich galt als Raub. 1179 gestattete Papst Alexander III. deshalb den in Europa lebenden Juden ausdrücklich das Zinsgeschäft. Verboten war ihnen aber zugleich, einem Handwerk nachzugehen oder Land zu besitzen. Was ihnen blieb, war Handel zu treiben – mit Geld und Waren.

Auf diese Weise kamen Juden auch ins Oderland, lebten und arbeiteten hier. Sie waren bekannt für ihre weitreichenden Handelsbeziehungen und sie konzentrierten sich auf die Handelszentren der Region. Der Bedarf war vielfältig: er bediente das Interesse an Luxusgütern für die Eliten einerseits – und sicherte andererseits die Versorgung der Bevölkerung mit Alltagsgütern, die vor Ort nicht produziert wurden.

Damit die Juden die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen konnten, standen sie unter dem Schutz der jeweiligen Landesherren. Ihre daraus resultierende rechtliche Sonderstellung, ihre Anzahl und ihre andersartige religiöse Praxis machten Juden zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Minderheit. Daran änderte auch ihre 1812 erfolgte bürgerliche Gleichstellung nichts Wesentliches. Gleichzeitig paarte sich christlicher Antijudaismus mit sozialen und ökonomischen Ängsten und Verwerfungen in der Mehrheitsgesellschaft zu einer Form der Abschottung, auf die ich hier nicht näher eingehen kann. Diese legten aber die Grundlagen für ein bis heute vorhandenes Denken, das Juden als Fremde und Paria betrachtet – und marginalisiert.

Nach der Tragödie des 30-jährigen Krieges lag Brandenburg, zu dem die mittlere Oder gehört, ökonomisch am Boden und war entvölkert. In Pommern dürfte die Situation nicht anders gewesen sein.

Um das Land aufzubauen, genehmigte der Große Kurfürst 1671 die Ansiedlung von fünfzig, aus Wien vertriebenen reichen jüdischen Familien. An den verschiedensten Orten gründeten sie und ihre Nachkommen jüdische Gemeinden und bauten sich eine eigene Infrastruktur auf. Dazu gehörten an erster Stelle Friedhöfe: um hier die eigenen Toten gemäß ihrer Überlieferung und Tradition zu beerdigen. Es musste also ein Grundstück gefunden und genehmigt werden, dass die ewige Ruhe der Toten und die Unversehrtheit ihrer Gräber gewährleistet.

Zumeist wurde Juden aber eine wirtschaftlich nutzlose Fläche außerhalb der Ortschaft zugewiesen.

Nach 1847 war es auch kleineren jüdischen Gemeinden als KdöR möglich, eigene Friedhöfe anzulegen – freilich auch hier entsprechend der Vorgaben der christlichen Mehrheitsgesellschaft. Auch wenn sich bis zum Vorabend der NS-Zeit einige Gemeinden wieder auflösten und ihre Friedhöfe nicht weiter belegt wurden, so war die Situation am Ende der NS-Zeit eine völlig andere: alle jüdischen Friedhöfe der Oder-Region waren verwaist. Es gab keine Angehörigen mehr vor Ort, die sich um deren Pflege hätten kümmern können.

Die jüdischen Gemeinden waren ausgelöscht. Sie selbst und ihre materiellen Hinterlassenschaften wurden zum „historischen Gegenstand“. Doch wie umgehen mit einem „historischen Kulturgut“, das nicht das eigene war und ist – und ohnehin knappe Ressourcen bindet? Dies gilt nicht nur für Grenzlandschaften.

Die jüdischen Friedhöfe erfuhren einen Bedeutungswandel. Ihre ursprüngliche Funktion als Begräbnisplatz und Ort jüdischer Trauer- und Erinnerungskultur erweiterte sich um neue Funktionen: sie wurden als Ballast aufgefasst, als Materiallager, als anklagende Denkmale oder als Orte, denen ein romantischer Charme anhaftet – und manchmal sogar als authentisches (kultur-) historisches Zeugnis im Ortsbild. Dieser letztere Aspekt setzte sich erst langsam durch und spiegelt sich heute neben der Denkmalpflege vor allem in ehrenamtlichem Engagement wider.

Am 21. Juni 1957 schlossen Bund und Länder mit jüdischen Repräsentanten in Deutschland eine Vereinbarung, die Friedhöfe der durch das NS-Regime vernichteten jüdischen Gemeinden entsprechend der jüdischen Religionsgesetze dauerhaft zu pflegen. Am 11. Januar 2005 folgte das Land Brandenburg dieser Mitverantwortung durch einen Staatsvertrag mit dem brandenburgischen Landesverband der Jüdischen Gemeinden. Die Kommunen pflegen diese Friedhöfe durch ihre Verwaltungen und erhalten hierfür staatliche Gelder. Östlich der Oder gibt es diese Selbstverpflichtung nicht.

Wie kann es also gelingen, die verwaisen jüdischen Friedhöfe und das, was von ihnen übriggeblieben ist, dauerhaft zu schützen und zu erhalten? Wie kann es gelingen, dass sie durch die Gesellschaft als besonderer Teil der eigenen Orts-Geschichte anerkannt werden? Welchen Stellenwert besitzen sie für Behörden und Zivilbevölkerung heute und welchen sollen sie zukünftig einnehmen?

Augenfällig ist, dass das Wissen über jüdische Geschichte und Kultur begrenzt und vielfach von Verklärung geprägt ist. Einerseits wird Judentum in Deutschland immer wieder auf die Verfolgung und Vernichtung während der NS-Zeit kapriziert. In Polen wird das einst dort vorhandene Judentum als Teil der deutschen Kultur betrachtet und bleibt damit in doppelter Hinsicht fremd, was durch die Zuwanderung der heute in Westpolen lebenden Bevölkerung noch verstärkt wird.

Andererseits werden Juden in ihrem Denken und ihrer Religionspraxis als orthodox aufgefasst, die sich nicht als Akteure eigenständigen und kritischen Handelns verhalten. Ein Grund dafür liegt in der anhaltend verkürzenden Darstellung der historischen Rolle von Juden als Opfer und gesellschaftliche Außenseiter, wie dies zuvörderst in Schulbüchern vermittelt wird. Eine weitere Ursache liegt in der offiziellen Erinnerungs- und Gedenkkultur, die weniger im persönlichen Erinnern aufgehoben ist, sondern einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung entspricht. Heute gehört es in Deutschland zum politischen Konsens, an die Verbrechen des NS-Systems zu erinnern.

Eingeübte Rituale mit moralischen Gebrauchsanweisungen haben sich jedoch als kontraproduktiv erwiesen, historische Kompetenzen nachhaltig zu vermitteln. Vielmehr ermöglichen aktive Aneignungsprozesse am Objekt sowie selbstständige Reflexionen und Bewertungen, ein vertiefendes Geschichtsbewusstsein zu entwickeln. Durch die Einbeziehung der Alltagswirklichkeit wird es möglich, eine Sensibilität für zivilgesellschaftliches Handeln nachhaltig zu befördern.

In diesem Sinne engagieren sich Heimatforscher, Lokalhistoriker, Pädagogen, Künstler und Freiwilligenorganisationen seit Jahrzehnten, jüdische Friedhöfe nicht nur als Gedenkort, sondern auch als historischen Lernort ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Sie brauchen eigentlich „nur“ zum Sprechen gebracht werden. Gleichwohl stellt der natürliche Zerfall des Materials ein zusätzliches gravierendes Problem dar.

Visuelle und haptische Erlebnisse auf einem jüdischen Friedhof bieten die große Chance, damit Jugendliche und Erwachsene einen direkten Zugang zum vermeintlich „Fremden“ finden. Konkret geht es darum, an vorhandenes Wissen zur „Heimatgeschichte“ sowie an eigene Erfahrungen mit Tod, Trauer und Erinnerung anzuknüpfen. Damit wird es möglich, die Bedeutung und Funktion des Friedhofs und seiner Grabsteine im jüdischen Denken zu vermitteln.

Jüdische Friedhöfe machen architektonische, kunst- und kulturgeschichtliche Entwicklungen sichtbar, die auf christlichen oder kommunalen Begräbnisplätzen in dieser Vielfalt in der Regel nicht erhalten geblieben sind. Rechtshistorische und landschaftsgestaltende Aspekte ergänzen das Bild der deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte. Wir erfahren etwas über familiäre Strukturen und innerjüdische Netzwerke, Migrationsbewegungen, religiöse Ausrichtungen innerhalb der Gemeinden, ausgeübte Berufe und die Einbindung in ökonomische und kulturelle Netze der lokalen und regionalen Mehrheitsgesellschaft, mitunter gar die Namen der zumeist nichtjüdischen Steinmetze.

Die jüdischen Friedhöfe zeigen also zugleich, wie sehr die Juden in die Umgebungsgesellschaft integriert waren bzw. von ihr ausgegrenzt wurden, z.B. über verwendetes Material für Grabmale, Einflüsse zeitgenössischer Gestaltungsmoden oder hinsichtlich der Zerstörungen am Grabmalbestand und der Bausubstanz. Der Umgang mit sepulkralen Hinterlassenschaften zeigt, welcher Stellenwert diesen Begräbnisplätzen nach 1945 auf politischer wie zivilgesellschaftlicher Ebene beigemessen wurde.

Entscheidend ist schließlich, all diese Erkenntnisse auch auf Friedhöfe oder Artefakte der eigenen Kultur anzuwenden. Dann sollte es gelingen, die Bevölkerung für die Verletzbarkeit dieser Hinterlassenschaften, den Erhalt des jüdischen Kulturerbes zu sensibilisieren und Vorbehalte abzubauen. Es zeigt, dass die Region stets durch grenzüberschreitende Mobilität und Impulse geprägt war und das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen ambivalent, aber für alle durchaus bereichernd war – was für das heutige und zukünftige Leben an der Oder gleichermaßen gelten kann.

Hierfür nutzen die genannten Akteure unterschiedlichste Methoden: Aufräumaktionen und Workcamps wie sie z.B. Aktion Sühnezeichen seit Jahrzehnten macht, Seminare und Workshops für Studierende, Seminar-Projekte an Schulen, Führungen, Konferenz-Beiträge, Ausstellungen, Publikationen.

So erschien kürzlich das von mehreren Institutionen geförderte Buch des Kulturfördervereins Kloster Altfriedland „Spuren jüdischen Lebens an der mittleren Oder“. Vorbildhafte Kontinuität gelang hingegen in Schwedt: Hier eröffnete am 1. Juli die seit drei Jahren wandernde Ausstellung „Im Fluss der Zeit“; im Frühsommer wurden Ergebnisse eines Schülerprojektes zum jüdischen Leben in der Stadt gezeigt. Für Potsdam ist unter Einbeziehung der lokalen Jüdischen Gemeinde eine Ausstellung und ein „Tag des offenen Friedhofs“ geplant. An der VHS in München gab es eine Videokonferenz mit mehr als 150 Teilnehmern zur Einführung in die Dokumentation jüdischer Friedhöfe.

Vor einer Woche fand der Auftakt zu dem vierjährigen Projekt „Net Olam – Jüdische Friedhöfe im Fokus von Antisemitismus und Prävention“ statt, das die Bet Tfila Forschungsstelle in Braunschweig, das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege sowie das Salomon Ludwig Steinheim-Institut in Essen aufgrund einer Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchführen können.

Aus eigenen Projekten weiß ich, wie schwer es ist, solche überhaupt erst auf den Weg zu bringen und dann auch noch finanzielle Mittel zu erschließen. Ist dies geschafft, werden schließlich innerhalb eines befristeten Zeitraums eine begrenzte Zahl Menschen erreicht, die wahrscheinlich sowieso schon neugierig sind, aber durchaus potentielle Multiplikatoren sein können.

Daueraufgaben brauchen vielmehr Dauerstellen! Voraussetzung ist hierfür der Wille von kommunalen oder regionalen Vertretern, das Eingangs genannte grundsätzliche Ziel zu unterstützen. Das Land Brandenburg bzw. die Wojewodschaften Lebus und Westpommern sollten hierbei unterstützend wirken. Angesichts leerer Kassen und der bevorstehenden Wirtschaftskrise stellt die Umsetzung solcher Wünsche aber tatsächlich eine Herausforderung dar. Unabhängig von der Notwendigkeit, alle historischen Friedhöfe unter Denkmalschutz zu stellen, müssen die Akteure davon entlastet werden, ausschließlich ehrenamtlich zu wirken oder sich selbst der Drittmittel-Akquise zu widmen.

So sind von den ca. 100 bekannten jüdischen Friedhöfen des gesamten historischen Brandenburgs erst 23 westlich der Oder wissenschaftlich erfasst und 27 östlich davon – und dies zum Teil unvollständig. Das im Dezember 2021 ausgelaufene Kooperations-Projekt zur digitalen Erschließung der Friedhöfe in Westpolen realisierte der Lehrstuhl für Denkmalkunde der Viadrina mittels einer Förderung durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien – und zwar auf Basis der an der Universität Potsdam entwickelten und am Lehrstuhl für deutsch-jüdische Geschichte angedockten online-Datenbank „Jüdische Friedhöfe in Brandenburg“. Die hier eingepflegten Friedhöfe westlich der Oder wurden hingegen fast ausschließlich auf ehrenamtlicher Weise dokumentiert.

Um alle noch fehlenden Friedhöfe systematisch zu erschließen und online recherchierbar zu machen sowie alle gewonnenen Daten durch Langzeitarchivierung zu sichern, fehlt jedoch eine gesicherte und langfristige Finanzierung. Und dies, obwohl es an der Universität Potsdam Unterstützer eines solchen „Projektes“ gibt. Die Rolle der Universitäten, Forschung zu ermöglichen, zu koordinieren, Ergebnisse bekannt zu machen und den Austausch zu befördern ist also begrenzt. Und an dieser Stelle möchte ich den Veranstaltern dieser Konferenz danken, hier ein solches Forum zu bieten.

Durch die Vernetzung der beteiligten Akteure und die Bündelung aller vorhandenen Ressourcen wird möglich, auf Erfahrungen und Kontakte zurückzugreifen, Diskurse gemeinsam zu entwickeln sowie zweisprachige Workshops, Seminare und Schulungsmaterialien aufeinander abzustimmen. Eine attraktive Aufbereitung der Ergebnisse für die touristische Infrastruktur wäre zudem ein Beitrag zur kulturellen Bildung von Besuchern und Anwohnern, der Impulse zur Entwicklung dieser strukturschwachen Oder-Region setzen kann. Die nachhaltige Identifizierung der Beteiligten mit ihrem Projekt und mit ihrer (Lokal-) Geschichte wäre gesichert.

Ich bin überzeugt, dass es durch die engere Zusammenarbeit von Kommunen, Denkmalämtern, VHS, Museen, Schulen, Universitäten, Jugendeinrichtungen, Kulturvereinen, Kirchen und Handwerkern der Oderregion und dem Jüd. Landesverband Brandenburg bzw. der Jüd. Gemeinde Szczecin unter Einbeziehung der Medien gelingt, die Zivilgesellschaft für eine kulturelle Aneignung des vermeintlich Fremden zu gewinnen, Vorurteile abzubauen und für verletzliches Kulturgut zu sensibilisieren. Was man darüber hinaus braucht, ist gewiss ein langer Atem und viel Geduld.

Ich bedanke mich.